

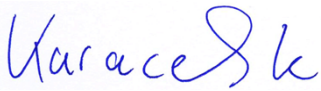
Die LINKE.LISTE Fraktion		Drucksachen-Nr. A/17/2875-01	Termin 12.12.2022	Rat der Stadt	
<u>Antragsvorlage</u>				öffentlich	
Termin	Gremium	Vorlage zur*		Ergebnis	Beschluss- kontrolle*
12.12.2022	Rat der Stadt	B			

Beratungsgegenstand

Antrag der Fraktion DIE LINKE. LISTE gemäß §4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
hier: Keine Gefängnisstrafen für STOAG-Fahrten ohne gültigen Fahrschein

Beschlussvorschlag

Der Rat fordert die Vertreter:innen der Stadt im Aufsichtsrat der STOAG auf, sich gegenüber der Geschäftsführung dafür einzusetzen, dass die STOAG auf Strafanzeigen wegen Fahrens ohne gültigen Fahrschein verzichtet, wenn Zweifel an der Zahlungsfähigkeit der betreffenden Fahrgäste bestehen oder eine besondere Härte geltend gemacht werden kann. Vor einer Anzeige soll den Fahrgästen deshalb Gelegenheit zu einer Stellungnahme gegeben werden.

Vorsitzender Die LINKE.LISTE Fraktion  Karacelik Datum 01.12.2022	
---	--

Die LINKE.LISTE Fraktion	Drucksachen-Nr. A/17/2875-01	Termin 12.12.2022	Rat der Stadt
---	---	--	----------------------

1 **Begründung**

2

3 Die Fraktionen Bündnis90/Die Grünen und DIE LINKE im Bundestag streben die Entkriminalisierung

4 der Beförderung ohne gültigen Fahrschein an. Der Deutsche Anwaltsverein fordert seit Jahren, dass

5 die ÖPNV-Nutzung ohne gültigen Fahrschein zur Ordnungswidrigkeit herabgestuft wird. Die

6 Strafverfolgung und Inhaftierung „belasten die Justiz sowie die Ermittlungsbehörden unnötig und

7 stehen dem Ultima-Ratio-Prinzip des Strafrechtes entgegen“, so Swen Walentowski, Leiter Politische

8 Kommunikation und Medien des DAV am 11.01.2022 gegenüber den Medien.

9 Ist die Anzeige erst einmal gestellt, bleibe den Behörden kein Ermessensspielraum, so Walentowski.

10 Wer sich den Fahrschein nicht leisten könne, werde kriminalisiert, und wer die Geldstrafe nicht

11 bezahlen könne, müsse ins Gefängnis.

12 Da eine Gesetzesreform nicht absehbar ist, ist es nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE.LISTE an

13 der STOAG, den Behörden wie den Betroffenen Gerichtsverfahren in den Fällen zu ersparen, in denen

14 Armut, Krankheit oder andere besondere Härten zum Fahren ohne gültigen Fahrschein geführt haben.

15 Gerade in der aktuellen Krise halten wir es für die Pflicht der städtischen Beteiligungsgesellschaft

16 STOAG, den Einwohner:innen gegenüber sozial verantwortlich zu handeln.